

## Neuhaus wagt den nächsten Versuch

**Fahrende Regierungsrat Christoph Neuhaus (SVP) diskutiert nächste Woche in grosser Runde über einen Transitplatz für ausländische Fahrende. Das Ziel: Zumindest ein Provisorium in der Region.**

Christoph Neuhaus (SVP) ist wieder auf der Suche. Oder immer noch? Der Vorsteher der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion des Kantons Bern unternimmt einen neuerlichen Versuch, einen Standort zu finden, an dem sich ein Transitplatz für ausländische Fahrende realisieren lässt. Die Suche konzentriert sich auf das Seeland, denn dieses ist besonders stark von illegalen Landnahmen durch die Fahrenden betroffen.

Die Zahl der Meldungen bei der Kantonspolizei hat in den vergangenen fünf Jahren kontinuierlich zugenommen. Oder wie Neuhaus sagt: «Ich will das Problem dort lösen, wo es stattfindet.» Er hat Vertreter aller Seeländer Gemeinden zum Treffen geladen, nächste Woche kommt es zur Aussprache, zuerst in Lyss, dann in Sutz-Lattrigen.

### Neuhaus: «Ich erhoffe mir natürlich Resultate»

Der Regierungsrat sagt, er wolle ausloten. Erfahren, wie die Gemeinden selber die Problematik mit den Landnahmen durch ausländische Fahrende überhaupt sehen. «Ich erhoffe mir natürlich Resultate», sagt Neuhaus, «allerdings nur noch mit Abstrichen.» Denn er habe zuletzt zwei weitere Absagen erhalten von Gemeinden, wo potenziell ein Transitplatz hätte errichtet werden können. Welche Gemeinden abwinken, will er nicht sagen.

Dass Neuhaus auf Verbündete trifft, die ihm einfach so grosszügig ein Gelände auf ihrem Gemeindegebiet anbieten, davon ist nicht auszugehen. Die ausgiebige Suche nach einem geeigneten Grundstück 2014 und 2015 hat gezeigt, dass zwar der Ruf nach einer Lösung mit einem offiziellen Durchgangsort für ausländische Fahrende im Seeland immer lauter wird, aber keine Gemeinde, die beim Kanton mit dieser Forderung vorstellig wird, bereit ist, Hand zu bieten.

Kein Wunder: In Meisberg hat sich gezeigt, wie die Bevölke-

rung auf solche Pläne der Kantonsregierung reagiert.

In Meisberg wollte der Regierungsrat auf Antrag von Neuhaus einen Transitplatz bauen, was einen Sturm der Entrüstung nach sich zog, nicht nur bei den Meisbergern, sondern auch im Grossen Rat. Dieser allerdings stellte sich nicht per se gegen einen Durchgangsort in Meisberg, sondern gegen die hohen Kosten von 9,3 Millionen Franken (das BT berichtete).

### Vertreter aller Seeländer Gemeinden sind geladen

Kommenden Mittwoch trifft nun Neuhaus auf die Gemeindevertreter des Verwaltungskreises Seeland, heute in einer Woche auf jene des Verwaltungskreises Biel. Mit dabei werden in Lyss die Regierungsratsmitglieder Seeland Franziska Steck und in Sutz-Lattrigen Regierungsratsmitglied Philippe Chételat sein. «Viele werden mit ihren Reklamationen nicht bei der Polizei, sondern direkt beim Regierungsratsmitglied vorstellig», begründet Neuhaus, «Steck und Chételat sind nahe am Geschehen und kennen die Umstände.»

Neuhaus glaubt nicht an Wunder. Es geht ihm nicht darum, einen Ersatz für Meisberg als definitiven Standort für einen Transitplatz zu finden. Priorität habe nun ein Provisorium, sagt er. Das Ziel: Zeigt ein Provisorium auf, dass mit einem Transitplatz das Problem der illegalen Landnahmen zumindest stark eingedämmt werden kann, erhofft sich die Regierung weniger Widerstand für einen definitiven Platz.

### Neuhaus hat Mühe damit, wie er wahrgenommen wird

Das Treffen mit den Gemeinden dürfte für Neuhaus aber nicht nur eine Möglichkeit sein, noch einmal für einen Transitplatz zu werben. Es wird wohl auch zu einer Art Aussprache kommen. Wer mit dem Regierungsrat über die Thematik spricht, hört heraus, dass Neuhaus je länger je mehr Mühe damit hat, dass er für viele im Seeland vom möglichen Problemlöser zum Gegenspieler geworden ist. «Ich habe den Eindruck erhalten, dass viele denken, ich wolle diesen Transitplatz für mich realisieren», sagt Neuhaus denn auch. Dabei gehe es ihm doch darum, für die Seeländer eine Lösung zu finden. Denn diese hätten das Problem mit den Fahrenden. *Lino Schaeren*



**Diskussion um und im Challnechwald:** Am 26. November entscheidet die Gemeindeversammlung, ob hier eine Kiesgrube entstehen soll. Peter Samuel Jaggi/a

## Die Gemeinde schlägt zurück

**Kallnach** Nach Aussagen von Kallnachern, die im BT ihre Argumente gegen die geplante Kiesgrube vortrugen, meldet sich nun eine Gemeindekommission mit einer Replik.

Marc Schiess

Die Vorwürfe an die Gegnerschaft der geplanten Kiesgrube im Challnechwald sind happig: Diverse von ihnen im BT publizierten Äusserungen seien «falsch», kritisiert die Planungskommission Kiesabbau Challnechwald der Gemeinde Kallnach in einer Medienmitteilung. Die «fehlerhaften Aussagen» über das Projekt hätten zu «Unsicherheit in der Bevölkerung» geführt.

Dass eine Gemeinde für ein von einer privaten Firma durchgeführtes Vorhaben derart in die Offensive geht, ist ungewöhnlich. Kallnachs Gemeindeglied Beat Läderach räumt ein, dass die Gemeinde mit der «Richtigstellung» ihrer Kommission weit gehe. «Anlass der Medienmitteilung war aber, die neuen finanziellen Aspekte im Zusammenhang mit dem Kiesgrubenbau zu veröffentlichen», betont Läderach.

Gemäss der Mitteilung habe der Gemeinderat mit der Bürgergemeinde, der Grundeigentümerin des Abbauperimeters, eine für die Einwohnergemeinde «sehr vorteilhafte Mehrwertabgabe» von 5,6 Millionen Franken ausgehan-

delt. Über den gleichen Zeitraum soll die Bürgergemeinde rund 14 Millionen Franken erhalten. Ein Teil dieser Summe werde für die Wiederherstellung und Pflege des Challnechwaldes benötigt. Mit dem Rest werde die Bürgergemeinde «auch künftig Kallnacher Vereine und Institutionen unterstützen können».

### «Viel zu tief für die Opfer»

Beträge, über die Kiesgruben-Gegner Stephan Barraud nur schmunzeln kann. «Über 40 Jahre verteilt, sind 5,6 Millionen Franken noch 140 000 Franken pro Jahr – macht pro Monat und Einwohner also ganze sechs Franken.» Bei anderen Kiesgruben und Gemeinden seien die Beträge viel höher. «Ein Wert, der für die Opfer, die wir dafür erbringen müssten, viel zu tief ist», pflichtet ihm Dan Sennhauser bei. Sennhauser, der zusammen mit Barraud die Kiesgruben-Gegnerschaft vertritt, hat mit der Reaktion der Gemeinde gerechnet: «Es ist das Gleiche, was uns an den Einspracheverhandlungen erzählt wurde» (siehe Infobox).

Die Vorwürfe der Planungskommission lauten insbesondere, dass die Gegner mit falschen An-

gaben argumentieren würden. «Die Umweltverträglichkeitsprüfung hat klar ergeben, dass im Wohngebiet weder mit Lärm noch mit Staubemissionen zu rechnen sein wird.» Auch die Gesamtverkehrszunahme werde «gerade mal» ein Prozent ausmachen. Bezogen auf den Lastwagenverkehr sei mit «zehn bis zwölf Prozent Mehrverkehr» zu rech-

### Auch Barga wehrt sich

Die ersten Einspracheverhandlungen letzten Donnerstag haben **nicht in einer Einigung** resultiert. Die 13 Einsprecher der zwei Kollektiveinsprachen halten diese aufrecht. Mit der Medienmitteilung der Planungskommission (siehe Haupttext) wurde öffentlich, dass zudem die Gemeinde Barga sowie eine weitere Privatperson **Einsprache gegen die geplante Kiesgrube** im Challnechwald erhoben haben. Sollte die Kiesgrube am 26. November von der Gemeindeversammlung angenommen werden, entscheidet das Amt für Gemeinden und Raumordnung über die Einsprachen und die Plangenehmigung. *msc*

nen. Kurz: Die Lebensqualität in Kallnach sei durch den Kiesabbau in keiner Art und Weise gefährdet.

### «Lebensqualität nimmt ab»

Konfrontiert mit den Vorwürfen, bleiben die beiden Gegner bei ihrer Position: «Die Kiesgrube wird 800 Meter vom Dorfrand zu liegen kommen – wenn da gebaggert und Kies bearbeitet wird, gibt das Dauerlärm», so Barraud. Die Lärmemissionen würden einen Grossteil des Waldes als Erholungszone zerstören. Ebenfalls sei die Staubeentwicklung eine Tatsache. «Bei trockenerer Witterung und Westwind kann es zu einer Staubwolke über Wohngebiet kommen», befürchtet der Kiesgrubengegner. Fotos von der Kiesgrube Treiten in der Umgebung würden dies bestätigen, sagt auch Dan Sennhauser. Beim Schwerkverkehr wägt er ab: «Es ist Auffassungssache, ob man zehn Prozent mehr will oder nicht.» Und ob es störe. «Uns stört der Mehrverkehr, für die Befürworter ist er verkraftbar.»

Fotos der Kiesgrubengegner von der Kiesgrube Treiten unter [www.bielertagblatt.ch/kallnach-replik](http://www.bielertagblatt.ch/kallnach-replik)

Reklame

# Versorgungssicherheit gefährden und Kohlestrom importieren?

Die Ausstiegsinitiative bringt einen chaotischen Atomausstieg. Bereits 2017 müssten drei von fünf Kernkraftwerken abgeschaltet werden. Das heisst: weniger Versorgungssicherheit und massiv mehr Importe von ausländischem Kohlestrom.

# Nein

zur extremen Ausstiegsinitiative

[www.ausstiegsinitiative-nein.ch](http://www.ausstiegsinitiative-nein.ch)